

Höchste Zeit für den „Stadtpass“

Anfang November lag der Stadtverordnetenversammlung ein Sachbericht zur Einführung eines „Sozial- und Familienpasses“ vor. Der Beschluss zur Einführung dieses Angebots war im Dezember 2005 auf Antrag der DKP/LL gefasst worden und sollte im Jahr 2006 umgesetzt werden. Eine Arbeitsgruppe des Amtes 40 (Sozial- und Wohnungsamt) habesich intensiv mit dem Thema befasst, hieß es in dem Bericht. Er hat einen Umfang von zwei DIN A4-Seiten. Etwa die Hälfte des Inhalts beschreibt, warum man dem „Kind“ einen anderen Namen geben will - nämlich „Stadtpass“- und dass es das eigentlich gar nicht braucht, weil es hier schon jede Menge Angebote für Menschen gibt, die mit wenig Geld auskommen müssen. Man wolle „Diskriminierung“ vermeiden, wurde geschrieben. Gerd Schulmeyer, der Fraktionsvorsitzende der DKP/LL, kritisierte den Sachbericht als dünn und nannte es eine Zumutung, den Stadtverordneten bzw. der an-

tragstellenden Fraktion diskriminierende Absichten zu unterstellen, was auch aus der SPD-Fraktion geäußert wurde. Wir wollen, dass Menschen, die weniger Geld in der Tasche haben, nicht am Rand der Gesellschaft leben müssen, sondern am kulturellen Leben unserer Stadt teilhaben. Und zwar umfassend und ohne bürokratischen Aufwand. Diskriminierend ist nicht ein „Sozial- und Familienpass“, den es in kleinen und großen Städten unseres Landes bereits häufiger gibt, sondern Arbeits- und Lebensverhältnisse, die Menschen von gemeinsamen Aktivitäten und Erlebnissen ausschließen. Um den Namen wollen wir letztlich nicht streiten, wohl aber um mehr Engagement in der Sache.

Erst auf Anfragen der DKP/Linke Liste wurde die ungefähre Zahl (weit über 2.200, über 800 davon Minderjährige!) der Anspruchsberechtigten genannt, von denen nur ein Bruchteil die Angebote

Fortsetzung nächste Seite

Zum Leben zu wenig

Das waren mal wieder Zeitungsmeldungen: „24 Stunden kann man jetzt einkaufen!“ oder „Bundessozialgericht hält Hartz IV-Reform für verfassungsgemäß“.

Deutschlands oberste Sozialrichter (sie haben sicher die Mittel, 24 Stunden einzukaufen) halten das Arbeitslosengeld II (ALG II) für angemessen. Gegen die Höhe des ALG II-Regelsatzes von 345 Euro im Monat gebe es ebenso wenig Bedenken wie gegen die im Vergleich zur früheren Arbeitslosenhilfe ungünstigere Regelung zur Berücksichtigung von Einkommen, heißt es.

Manchmal muß man sich erinnern. Die Hartz-„Reform“- vom kriminellen Hartz vorgeschlagen und von der SPD-Grünen-Koalition beschlossen schiebt viele ins Elend ab.

Kurz vor Weihnachten. Nix mit Feststimmung, Suppenküche ist angesagt. Bei einem Arbeitslosengeld-II-Regelsatz von 345 Euro pro Monat sind keine Geschenke drin.

Mal ins Kino gehen, mal ins Hallenbad. Das geht ins Geld. Das meiste geht für's Essen drauf, auch wenn man beim Discounter einkauft. Theater, neue Bücher - dafür bleibt wirklich nichts.

Da muß schnell die Haftpflichtversicherung und die Altersversorgung gekündigt, die Zeitung, das Telefon abbestellt werden.

Wehe die Brille fällt runter, es wird Zahnersatz fällig, die Waschmaschine geht kaputt.

„Hartz IV reicht zum Überleben, nicht zum Leben“, schreibt ein arbeitslos gewordener Offsetdrucker in einer Gewerkschaftszeitung.

Was stand noch in der Zeitung: „Die Reichen wurden mal wieder reicher und die Bundeswehr will mehr Geld“.

Armut in Mörfelden-Walldorf

Für die SPD ist das ein Unwort. Auf unsere Nachfrage wurde immerhin von der Verwaltung bestätigt, dass es in unserer Stadt 2.251 Bezieherinnen und Bezieher von Leistungen zur Grundsicherung gibt, hiervon 1442 Erwachsene und 809 Minderjährige. Die Gesamtzahl der Menschen, die in Armut leben, liegt demnach hier annähernd in dem Bereich von 8%, den die SPD-nahe „Friedrich-Ebert-Stiftung“ unlängst als Bundesdurchschnitt ermittelt hat. Und das in unmittelbarer Nähe der angeblichen „Jobmaschine“ Flughafen. Der Anteil der Minderjährigen liegt bei einer angenommenen Jahrgangsstärke von ca. 300 bei fast 15%!

Da hilft es nichts, nach neuen Bezeichnungen für die Betroffenen zu suchen, hier muß eine andere Politik dafür sorgen, dass Wirtschaft und Verwaltung für die Menschen da sind.

Ein Grund mehr, links zu wählen und für den Bürgermeisterkandidaten der DKP/LL zu stimmen.

nutzt. Die Bekanntmachung wird offensichtlich nur begrenzt wahrgenommen, zu Aufwand und Kosten wurden keine Aussagen getroffen außer dem Hinweis, dass in der Verwaltung 200 Stunden auf das Ausstellen von Freikarten für das Schwimmbad aufgewendet werden. Grund genug, mit dem vorgelegten Bericht nicht zufrieden zu sein.

Der Sozialdezernent entschuldigte sich in der Debatte für die unzulängliche Vorlage, da hatte er aber die Rechnung ohne den Bürgermeister gemacht, den die Kritik an seinem Haus offensichtlich hart getroffen hatte: Der griff den Fraktionsvorsitzenden der DKP/LL scharf an bis hin zu der Aussage, der sei „unzufrieden in Person“. Brehl forderte ihn auf, in den nächsten 14 Tagen konkrete Vorschläge zu machen und wollte ihm einen „Beratervertrag“ anbieten. Am Rande der Bürgerversammlung übergab er dem Fraktionsvorsitzenden einen an die DKP/LL-Fraktion und ihn persönlich adressierten Brief - der wohl auch der Lokalpresse zuging - in dem er etwas zurückhaltender dahingehende „Bitten“ aussprach. Ob der Bürgermeister sich und seinen Parteigängern mit diesen persönlichen Angriffen einen Gefallen getan hat, sollen die Bürgerinnen und Bürger entscheiden. Der Fraktionsvorsitzende und Bürgermeisterkandidat der DKP/Linke Liste hat ihm auch ohne Beratervertrag eine schriftliche Antwort zugesagt.

Von Bürgermeister Brehl, der sich nach eigener Aussage aus dem Bürgermeisterwahlkampf heraushalten will, ist in den nächsten Wochen und Monaten sicher noch einiges zu erwarten. Inzwischen hat er sich beim Thema „Mönchbruch“ die Position der DKP/LL zu eigen gemacht. Wenn's in der Sache nützt, haben wir nichts dagegen. Es zeigt, dass wir als politische Kraft ernst genommen werden. Und das ist gut so.

Herzlichen Dank allen, die dem »blickpunkt« helfen. Jeder Euro hilft, die Zeitung zu erhalten!

**Das „blickpunkt“-Konto:
Kreissparkasse Groß-Gerau
Konto 9003419, BLZ 50852553**



Portokasse

Der Deutsche-Bank-Chef Ackermann soll 3,2 Millionen „aus eigener Tasche“ zahlen, dann wird das Verfahren gegen ihn eingestellt. Er bleibt „straffrei“. Den Antrag auf Einstellung des Verfahrens hatten seine Anwälte gestellt. Ackermann werde 3,2 Millionen Euro zahlen, der ebenfalls angeklagte frühere Mannesmann-Chef Klaus Esser 1,5 Millionen Euro. Auf den früheren Mannesmann-Aufsichtsratschef Joachim Funk kommt eine Million Euro zu, auf die übrigen Angeklagten fünfstelligen Beträge. Laut Gerichtssprecher wären die Angeklagten damit nicht vorbestraft. Angeblich sollen 60 Prozent der Summe in die Staatskasse fließen, der Rest an gemeinnützige Einrichtungen. Zur Erinnerung: In dem Prozess geht es um die Millionenprämien bei der Mannesmann-Übernahme durch Vodafone im Jahr 2000. 57 Millionen Euro Prämien und Abfindungen erhielten die Angeklagten. Viele Menschen schütteln den Kopf bei solchen Meldungen. „Das bezahlen die locker aus der Portokasse“, sagte man uns. Ein Leser unserer Zeitung meinte: „Die gehören enteignet und in den Knast!“

Dorfansichten Porträts aus der Provinz

Unter dem Motto: „Porträt eines Dorfes“ lud der Bundesverband Arbeiterfotografie zu einem Fotoworkshop ein. Zwölf TeilnehmerInnen haben Seggiano, ein kleines toskanisches Dorf mit knapp 1000 Einwohnern, fotografisch porträtiert.

Auf den ersten Blick scheint die Zeit hier stehen geblieben zu sein. Dennoch gibt es hier ein reges Leben und Arbeiten.

Die entstandenen Fotos zeigen Impressionen aus der italienischen Provinz. Dorfansichten, Natur und Straßenleben. Menschen bei der Arbeit, beim Feiern, Bilder aus dem Alltag.

**Ausstellungseröffnung und
Vernissage:**

**Sonntag, 21. Januar 2007
15 Uhr**

**KulturBahnhof Mörfelden
Bahnhofstraße 38**



Wir trauern um Peter Gingold. Der Antifaschist, unser Freund und Genosse Peter Gingold, starb im November im Alter von 90 Jahren. Peter Gingold war in unserer Stadt gut bekannt. Er sprach mehrmals bei Veranstaltungen am Gedenkstein für die Synagoge in Mörfelden, im Jugendzentrum und im Bürgerhaus.

Peter beteiligte sich schon vor 1933 am antifaschistischen Kampf. Er wird von den Nazis vertrieben, folgt seinen Eltern und Geschwistern in die Emigration nach Paris. Zwei seiner Geschwister wurden nach Auschwitz deportiert. Auch Gingold gerät 1943 in die Fänge der Gestapo. Es gelingt ihm, auf abenteuerliche Weise zu entkommen. Er ist dabei, als im August 1944 der Aufstand zur Befreiung von Paris beginnt. Danach findet man ihn in den Reihen des 1. Pariser Regiments in Lothringen und im April 1945 als Frontbeauftragten bei den Partisanen in Norditalien.

Nachdem der jüdische Kommunist Peter Gingold nach Deutschland zurückgekehrt war, muss er erfahren, dass Seinesgleichen nicht wohl gelitten sind. Mehrere Jahre währt sein Kampf um die Wiedererlangung der deutschen Staatsangehörigkeit, die ihm von den Nazis aberkannt worden war. Seine Tochter Silvia bekam als Lehrerin Berufsverbot.

Im Frankfurter Gewerkschaftshaus verabschiedeten sich über 1000 Menschen von Peter Gingold.

Im Frankfurter Rathaus verweigerten „Die Grünen“ und die CDU eine Ehrung dieses verdienstvollen Mannes, der in Frankreich viele Auszeichnungen bekam.

Kandidatenwahl

Am 22. November wurde Gerd Schulmeyer in einer Versammlung mit 22 von 23 Stimmen zum Bürgermeisterkandidaten der DKP/LL gewählt.

Die DKP/Linke Liste hatte im Sommer beschlossen, einen Kandidaten zur Bürgermeisterwahl zu benennen. Der Fraktionsvorsitzende der DKP/LL im Stadtparlament wurde als Kandidat vorgeschlagen. Ausgangspunkt dieser Entscheidung war, das Feld nicht den Kandidaten von SPD und CDU zu überlassen.

Gerd Schulmeyer sagte auf der Versammlung u.a.:

„Ich bin in Mörfelden geboren. Ich bin Mitglied der DKP, die meine Kandidatur unterstützt. Ich bin seit 1992 Stadtverordneter in Mörfelden-Walldorf und seit 2004 Kreistagsabgeordneter. Von daher kenne ich die hiesigen politischen Verhältnisse.

Als Fraktionsvorsitzender der DKP/Linke Liste stehe ich zu unserem Kommunalwahlprogramm und habe als Bürgermeisterkandidat keine Veranlassung so zu tun, als würde ich nicht dazugehören.

Ich will dem Flughafen Grenzen setzen – nicht nur juristische Auseinandersetzungen führen, sondern gemeinsam mit BI gegen Flughafenerweiterung, Naturschutzverbänden und Umweltorganisationen auch außerparlamentarisch öffentlichen Druck entwickeln: „Kein weiterer Ausbau - Nachtflugverbot von 22 Uhr bis 6 Uhr!“ – diese Forderungen liegen auch weiterhin im Interesse der Stadt und ihrer Einwohner.

Wichtig ist mir persönlich, jeder Rechtsentwicklung entgegenzutreten - Antifaschistische Traditionen der Arbeiterbewegung unserer Stadt zu bewahren. Auch dazu sind aus dem Rathaus Impulse möglich und nötig. In vielen Fragen kann ein Bürgermeister mit Kampfgeist mehr bewegen und durch persönliches Beispiel deutlich machen, dass es nicht darum geht, das Elend gut zu verwalten, sondern aktiv dagegen zu kämpfen. SPD und CDU sind in der Großen Koalition in Berlin. Von daher kommt wenig Gutes für die Kommunen und die Bürgerinnen und Bürger (z.B. MWST, Rente mit 67, zunehmende Entlastung der Unternehmen und Vermögenden zu Lasten der Arbeiter und Angestellten, der Arbeitslosen und Rentner, der Kranken und derer, die auf Sozialhilfe angewiesen sind.) - auch dazu wollen wir die Bürgermeisterkandidaten hören. Nicht nur die, die vor Ort diesen Parteien angehören, sondern auch den parteilosen, „freien“ Kandidaten.“

Gerd Schulmeyer

Bürgermeisterkandidat der DKP / Linke Liste



Kommunisten haben in unserer Stadt seit Jahrzehnten Anteil an einer sozialen kommunalen Entwicklung. Ich will, dass wir Mörfelden-Walldorf als soziale und solidarische Stadt weiter entwickeln.

Als Kommunist lehne ich es ab, dass eine Stadt wie ein Konzern geführt werden soll, d.h. alle städtischen Ausgaben unter dem Gesichtspunkt der „Wirtschaftlichkeit“ zu tätigen sind.

Darüber will ich gerne als Kandidat mit den anderen Bewerbern streiten und dabei der Haltung offen entgetreten, es gäbe zu dieser kapitalistischen Orientierung keine Alternative.

Hier liegt für mich der wesentliche Sinn der Kandidatur bei der Bürgermeisterwahl - ungeachtet der Frage, wie aussichtsreich die Wahlbewerbung als Kommunist ist.

Was würde ich als Bürgermeister anders machen? Der Bürgermeister hat zu gewährleisten, dass die Verwaltung die Beschlüsse des Stadtparlaments umsetzt. In unserer Stadt haben wir damit so unsere Erfahrungen. Was „beste Beziehungen“ in 30 Jahren nicht bewirken konnten, das ist vielleicht möglich mit hartnäckigerem Nachsetzen an allen damit befassten Stellen und mit mehr außerparlamentarischer Begleitung durch betroffene Bürger.

Der Bürgermeister hat sich auf allen Ebenen für die bessere Finanzausstattung, gute politische und finanzielle Rahmenbedingungen der Kommunen einzusetzen. „Wirtschaftsförderung“ macht nur dann Sinn, wenn sie mit der Förderung sozialer Aufgaben einhergeht.

Sozialpolitik muss auch in Zukunft in unserer Stadt groß geschrieben werden. Dazu gehört vor allem, den Kindern einen guten Start zu ermöglichen - Kitas gebührenfrei! Dafür ist auf allen Ebenen offensiv zu streiten.

Dazu gehört auch, dass z.B. niemand, der von Hartz IV betroffen ist, seine Wohnung räumen muss. Und dazu gehört auch, größere Anstrengungen zu unternehmen, mehr Ausbildungsplätze zu schaffen und mehr für Arbeit zu tun, von der ein Mensch auch leben kann.

Die Bürgerinnen und Bürger müssen spüren, dass die Stadtverwaltung und die Einrichtungen der Stadt für sie da sind. Mörfelden-Walldorf als soziale und solidarische Stadt weiterentwickeln heißt vor allem: Gleiches Recht für alle, aber auch, Ermessensspielräume zugunsten der Bürgerinnen und Bürger ausschöpfen, die Hilfe brauchen. Die Bürger sind nicht Kunden sondern Miteigentümer der Stadt. Ich bin davon überzeugt, dass bei der Stadt viele fähige Leute arbeiten, die im Interesse der Bürgerinnen und Bürger mehr leisten können, wenn man sie denn lässt und sie dazu motiviert. Und damit meine ich nicht Überstunden.

Als persönlichen Beitrag, manches anders zu machen, will ich vom Gehalt des Bürgermeisters alles, was über ein durchschnittliches Facharbeitergehalt hinausgeht, in einen Fonds einbringen, aus dem soziale Härtefälle und Initiativen unterstützt werden.

Eine gut verwaltete Kommune ist eine Kommune, die kämpft. „Die Stadtfarbe ist rot“, hieß es früher in der Mörfelder Stadtsatzung. Kämpfen wir gemeinsam dafür, dass in unserer Stadt das kämpferische Element wächst!

Wenn rot, dann richtig!



Sie waren beim Aufbau der Gewerkschaften dabei

Am 10. November ehrte die Verwaltungsstelle Frankfurt der Industriegewerkschaft Metall ihre Jubilare, die auf eine 40jährige, 50jährige, 60jährige oder sogar noch längere Mitgliedschaft in der IG Metall zurückblicken können. Im Rahmen der Veranstaltung im großen Saal des Gewerkschaftshauses erinnerte der 1. Bevollmächtigte der Verwaltungsstelle, Bernd Rübsamen, u.a. an den Wiederaufbau der Gewerkschaft nach dem Ende der Ära des Faschismus. An die Kollegen gewandt, die auf 60jährige Mitgliedschaft zurückblicken können, sagte er: „Ihr habt mit vielen anderen unmittelbar nach dem zweiten Weltkrieg entscheidend mitgeholfen, Gewerkschaften als unverzichtbare Interessenvertretung der Arbeitnehmer in Deutschland wieder aufzubauen“.

So mancher der älteren Kollegen im Saal erinnerte sich an die Zeit. Es waren nicht nur die Betriebe von Trümmern zu säubern und wieder in Gang zu setzen (für einen Lohn, der nichts wert war), sondern sie bauten auch erst einmal die von den Nazis zerstörten Strukturen einer Betriebsvertretung der Kollegen - der untersten Zelle der Gewerkschaftsbewegung - wieder auf. Es wurde an diesem Nachmittag auch an die vielen Kämpfe und an die vielen, nur durch die Solidarität der Kollegen erreichten Errungenschaften erinnert. Oft ging es um berechnete Lohnhöhungen, um längeren Urlaub (inzwischen 6 Wochen), Urlaubsgeld (50%), Lohnfortzahlung im Krank-

heitsfalle (1956/57 durch 16-wöchigen Streik in Schleswig Holstein durchgesetzt), Arbeitszeitverkürzungen (35-Stunden-Woche) und Weihnachtsgeld. Bernd Rübsamen sagte an dieser Stelle: „Genau heute müssen wir aber erleben, dass diese Erfolge, die uns ja nicht geschenkt worden sind, sondern immer hart erkämpft werden mussten, von den Arbeitgebern und ich sage auch bewusst von der Politik wieder in Frage gestellt werden sollen. In Zeiten von Aktionärskapitalismus scheinen für viele, auch traditionelle deutsche Unternehmen, nur noch die Aktienkurse, die Maximierung von Gewinnen und bestenfalls noch die Einkommen der Vorstände zu zählen. Die Mitarbeiter sollen immer mehr zu reinen Kostenfaktoren degradiert und wenn es gerade passt möglichst billig entsorgt werden.“

Unter den 280 geehrten IG-Metall-Mitgliedern waren auch sieben Kollegen aus Mörfelden-Walldorf. Auf dem Foto sehen wir von links: Kurt Jourdan, Wilhelm Cezanne, Walter Schaffner, Heinz Hechler (für 60 Jahre), Siegfried Biedermann, Werner Autz (für 50 Jahre) und Jürgen Kaczmarek (für 40 Jahre).

Heinz Hechler

blickpunkt

Besuchen Sie uns im Internet
www.dkp-mw.de

Endlich

„Bürgermeister Brehl für Erhalt des Jagdschlusses Mönchbruch“, stand in der Zeitung.

Wir begrüßen es ausdrücklich, dass der noch amtierende Bürgermeister sich am Ende seiner Amtszeit endlich einmal ausdrücklich für den Erhalt des denkmalgeschützten Jagdschlusses ausspricht und den zunehmenden Zerfall beklagt. Unsere dahingehenden Aufforderungen im Stadtparlament und im „blickpunkt“ zeigen verspätet Wirkung und das ist gut so.

In den vergangenen Jahren hat die DKP/ Offene Liste im Stadtparlament zu diesem Thema mehrfach Anfragen und Anträge gestellt, die von der Verwaltung erkennbar lustlos beantwortet bzw. von der SPD-geführten Koalition im Parlament abgelehnt wurden.

In unserer Stadtzeitung haben wir regelmäßig dazu Stellung genommen. Bernhard Brehl hatte dafür meist nur abschätzig kommentare übrig, die in die Richtung gingen: „Am besten wäre, die ganze Anlage würde abbrennen.“

Auch im Kreistag, wo die PDS/ Offene Liste das Thema aufgriff, war vom Mörfelder SPD-Bürgermeister kein Wort der Unterstützung zu hören. Woher also jetzt dieser Sinneswandel?

Wir sehen das so: Es steht eine Bürgermeisterwahl vor der Tür. Der amtierende Bürgermeister will seinem gewünschten Nachfolger Heinz-Peter Becker ein „bestelltes Haus“ hinterlassen.

Allenthalben ist zu spüren, dass der Mann lange Liegegebliebenes bewegt, nicht zuletzt, um seinem Parteifreund Steine aus dem Weg zu räumen. Dass er dabei auf Positionen einschwenkt, die im Parlament seit Jahren alleine von der DKP/ LL vertreten werden, deren Fraktionsvorsitzender als Bürgermeisterkandidat antritt, ist in der Sache zu begrüßen und lange überfällig. Bernhard Brehl hat angekündigt, nicht in den Bürgermeisterwahlkampf einzugreifen. Er tut es - und erkennbar massiv, indem er so tut, als sei der Einsatz für Mönchbruch „auf seinem und dem Mist der SPD gewachsen“. Allen, denen der Erhalt des Kulturerbes „Jagdschloss Mönchbruch“ am Herzen liegt, sei empfohlen, den Bürgermeister und die Bürgermeisterkandidaten zu fragen, was sie in den letzten Jahren für den Erhalt des Jagdschlusses Mönchbruch getan haben. Die einzigen, die hier Initiativen nachweisen können, sind die DKP/ Linke Liste und ihr Bürgermeisterkandidat Gerd Schulmeyer. So isses!

Leserbriefe

Zeitgleich

Im „blickpunkt“ 11/2006 berichteten wir über das Projekt „Stolpersteine“, das die DKP im Mai 2005 im Stadtparlament initiierte. Dazu erhielten wir einen Leserbrief von Hans-Jürgen Vorndran:

„Sehr geehrte Damen und Herren, der Hinweis in Ihrem o. g. Artikel, dass der ehemalige 1. Stadtrat Vorndran **mittlerweile** unsere, d.h. die DKP-Initiative vom 16. Mai 2005 im Stadtparlament, unterstütze, bedarf der richtigstellenden Ergänzung. Die Entwicklung dieser Idee verlief zeitgleich. Nach einer Bildungsreise in das Jüdische Berlin (April 2005) beschloß der Vorstand des Fördervereins Jüdische Geschichte und Kultur im Kreis Groß-Gerau in seiner Sitzung am 10. Mai 2005 das Projekt „Stolpersteine“ des Kölner Künstlers Gunter Demnig auch im Kreis Groß-Gerau durchzuführen

Am 14. Mai 2005 schrieb ich Bürgermeister Bernhard Brehl im Zusammenhang mit der Anfrage der Grünen zu Darmstadt als Deportationsort für Bürger aus Mörfelden und Walldorf u.a.:

...Um diesen deportierten und dann ermordeten Menschen wenigstens wieder einen Namen zu geben und einen Ort der Erinnerung zu schaffen, habe ich in der letzten Vorstandssitzung des FV für Jüdische Geschichte und Kultur im Kreis Groß-Gerau angeregt, dass wir im Kreis Groß-Gerau die Initiative des Kölner Künstlers Gunter Demnig mit den „Stolpersteinen“

aufgreifen. Dem hat der Vorstand entsprochen...

Der FV hat deshalb gerne den Auftrag des Magistrats, das Projekt „Stolpersteine gegen das Vergessen in Mörfelden-Walldorf“ durchzuführen, entgegen genommen. Aus den Ausführungen wird deutlich, dass ich das Projekt als Vorstandsmitglied des FV aus eigener Initiative und Motivation bearbeite, weil ich es für einen wichtigen Beitrag für die weitere Aufarbeitung der Ortsgeschichte halte.“

Krach

Hallo liebes Blickpunkt-Team, mit Freude habe ich gelesen, dass sich endlich etwas im Punkt Radwege bewegen soll. Ich selbst besitze keine Auto und erledige alles im Ort per Fahrrad, deswegen begrüße ich diesen Schritt sehr. Was mich und die Anwohner der verlängerten Mörfelder Straße ab Alpenring Richtung Mörfelden allerdings seit Jahren auf die Palme bringt, ist der Missbrauch des Fahrradweges an der Gesamtschule vorbei. Dieser Fahrradweg ist zwar für Mofas freigegeben (Mofas sind laut Definition des Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadt nach § 4 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 Fahrerlaubnisverordnung einspurige, einsitzige Fahrräder mit Hilfsmotor – auch ohne Tretkurbel, wenn ihre Bauart Gewähr dafür bietet, dass die Höchstgeschwindigkeit auf ebener Bahn nicht mehr als 25 km/h beträgt.

Ebenfalls zählen dazu so genannte Leichtmofas nach der Leichtmofa-Ausnahmereverordnung (Bundesgesetzblatt 1993 Teil 1, Seite 394). So genannte Motorroller sind gesetzlich nicht definiert. Es ist damit in jedem Einzelfall (!) zu prüfen, ob sie unter die Definition des Mofas fallen.

Leider verkehren aber zum Großteil vorwiegend solche nicht berechtigten Fahrzeuge, sowie Quads, enorm lautstarke Pocketbikes, Motorräder etc. auf diesem Weg. Seit Jahren fordern wir eine Lösung für dieses Problem, denn ungefährdet kann man hier kaum noch spazieren gehen oder Rad fahren, ganz zu schweigen von dem Lärm, der die Lärmrichtwerte für Wohngebiete sehr oft übersteigt. Zwar wurden auf unsere Beschwerden einige Kontrollen durchgeführt, diese führen aber immer nur kurzzeitig zum Erfolg. Besonders in den Nachtzeiten und am Wochenende ist die Belastung enorm. In den Sommermonaten kann man nicht bei offenem Fenster sitzen, geschweige denn seine Freizeit geruhsam im Garten verbringen. All unsere Vorschläge vom Drängelgitter bis zur Verlagerung des motorisierten Verkehrs auf den Fahrradweg Vitrollesring wurden als nicht machbar abgewimmelt. Bis März sieht man auch keinerlei Chancen, dass wir uns irgendwie Gehör verschaffen könnten. Die Bewohner der neuen Reihenhäuser werden ihre wahre Freude haben, denn die Fenster ihrer Schlafzimmer liegen direkt an diesem Weg und im Sommer werden sie bei geöffnetem Fenster kein Auge zumachen können. Wir werden aber nicht aufgeben und hoffen, dass irgendwann irgendwer Verständnis für unser Anliegen hat.

Mit freundlichen Grüßen Andrea Pons

Weniger für die Rentner - mehr für's Militär

Jedes Jahr werden die Renten „angepasst“, und zwar an die Entwicklung der Löhne und Gehälter des jeweiligen Vorjahres. Bis in die 80er Jahre waren dabei Steigerungen die Regel. Seit den 90ern geht es abwärts. 2006 liegt das Sicherungsniveau (die Rentenhöhe im Verhältnis zum Arbeitsentgelt eines Durchschnittsverdieners) noch bei 52,4 Prozent. Bis zum Jahr 2020 soll dieser Wert auf 46,6 Prozent zurückgehen.

Seit 2004 (und nach der aktuellen Vorausschau wohl auch noch bis 2008) sollen sich die rund 20 Millionen Rentner mit Nullrunden begnügen. Angesichts der wachsenden Lebenshaltungskosten, durch

höhere Mehrwertsteuer sowie steigende Gesundheitskosten ist das Sozialabbau pur.

Prognosen zufolge soll sich ein westdeutscher „Eckrentner“ 2007 mit monatlich 1061,06 Euro begnügen müssen. Dies wären 4,70 Euro weniger als im laufenden Jahr. Es ist kein Geld da - heißt es. Aber da gibt es die „unerwarteten“ Steuereinnahmen.

Nach Meinung von SPD-Chef Kurt Beck sollen sie der Bundeswehr zugute kommen. Beck sagte der „Financial Times Deutschland“, bevor man sich gleich mit Vorschlägen für dauerhafte Ausgaben überschläge, müssten zusätzliche

Ausgaben etwa für Bundeswehreinsätze im Ausland berücksichtigt werden.

Der Vorsitzende der Linksfraktion im Bundestag, Oskar Lafontaine, kritisierte die Haltung Becks. Der SPD-Chef wolle mit den konjunkturbedingten Mehreinnahmen „lieber Kriegseinsätze im Ausland finanzieren, als Gesundheit und Arbeit im Inland“. Beck und Steinbrück würden den Menschen immer neue Lasten aufbürden und sich dabei „unsozialer als die CDU“ gebärden. Lafontaine forderte mehr öffentliche Investitionen, eine gerechtere Steuerpolitik und die Einführung eines Mindestlohns.

Initiativen zum Haushaltsplan 2007

Die DKP/Linke Liste in der Stadtverordnetenfraktion Mörfelden-Walldorf hat zum Haushaltsplan 2007 zahlreiche Anfragen und Anträge gestellt.

Eine Auswahl:

Städtisches Kulturprogramm modernisieren

„Das städtische Kulturprogramm wird neu organisiert. Der Magistrat beruft dazu eine Arbeitsgruppe, die Möglichkeiten untersucht, ähnlich wie in den Bürgerhäusern Dreieich, ein ganzjähriges Kulturangebot zu gewährleisten.“

Begründung:

Wer den Blick in andere vergleichbare Städte richtet, findet oft ein professionelleres Herangehen. Besseres Kulturmanagement, eigene Webseiten, qualitativ bessere Werbemaßnahmen. Ein Beispiel ist sicher die Kulturarbeit in Dreieich. In den Ortsteilen Sprenndlingen, Buchschlag, Dreieichenhain, Götzenhain und Offenthal gibt es Kulturangebote, die auch in unserer Stadt die Säle füllen würden. In unserer Stadt zeigen viele Vereine ihr Können, geben Konzerte und machen für viele Bevölkerungsgruppen unterschiedliche Programme.

Daran sollte man nichts ändern. Gleichzeitig gibt es ein städtisches Kulturangebot, bei dem man ansetzen könnte. Auch bei uns gibt es ein Bürgerhaus, die Stadthalle, den Gewölbekeller und andere Räumlichkeiten, auf die man zurückgreifen kann. Wir schlagen vor, dass der zuständige Ausschuss zunächst bei einem Gespräch in Dreieich Erfahrungen sammelt.

Bestellung oder Wahl einer/s ehrenamtlichen kommunalen Behindertenbeauftragten veranlassen

„Der Magistrat wird beauftragt, unverzüglich die Bestellung oder Vorbereitung der Wahl einer/s ehrenamtlichen kommunalen Behindertenbeauftragten zu veranlassen.

Zu ihrer/seiner Unterstützung ist ein Beirat zu wählen, der die Interessen der Mörfelden-Walldorfer Menschen mit Behinderungen gegenüber dem Magistrat vertritt und die politischen Gremien

in behindertenrelevanten Fragen berät. Vertreter des VdK und anderer Sozialverbände sowie örtliche Pflegedienste sind in die Vorbereitungen einzubeziehen. Auf Grundlage von Erfahrungen in anderen Kommunen legt der Magistrat bis zur nächsten Sitzungsrunde der Stadtverordnetenversammlung einen Verfahrensvorschlag und Zeitplan vor, in dem auch finanzielle Auswirkungen dargestellt werden.“

Begründung:

Menschen mit Behinderungen brauchen Ansprechpartner und eine Interessenvertretung, die sich kompetent für ihre gleichberechtigte Teilnahme in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens stark macht. Mörfelden-Walldorf sollte in dieser Sache nicht länger hinter anderen Kommunen im Kreis Groß-Gerau und in Hessen (96 im Juli 2005) zurückbleiben, in denen es bereits Behindertenbeauftragte und/oder einen Behindertenbeirat gibt. Dort sind entsprechende Erfahrungsberichte (Jahresberichte) abzurufen und Beispiele für die erfolgreiche Gründung und Einrichtung kommunaler Behindertenbeiräte/-beauftragten zu finden, die dem Magistrat auch bekannt sind. Ebenso gehen wir davon aus, dass beim Hessischen Städte- und Gemeindebund dazu Mustervorschriften und -verfahren vorhanden sind, auf die seitens der Verwaltung - wie in anderen Fällen - zurückgegriffen werden kann.

Planungskosten für JUZ Mörfelden einstellen

„Im Haushaltsplan 2007 werden 50.000,- Euro zur Planung eines Jugendzentrums im Stadtteil Mörfelden eingestellt.“

Begründung:

Im Investitionsplan für 2008 stehen 1 Mill. Euro. Da die Planung und Ausschreibung für dieses Projekt einige Zeit in Anspruch nimmt, sollte schon im Jahre 2007 die Planung aufgenommen werden. Der bauliche Zustand des JUZ gebietet es, möglichst rasch zu handeln.

Mehr Ausbildungsplätze schaffen

„Bei der Stadtverwaltung werden im nächsten Jahr zwei zusätzliche Ausbildungsplätze geschaffen. Bis zum Beginn des nächsten Ausbildungsjahres (September 2007) werden beim Bauhof der Stadt Mörfelden-Walldorf die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass mindestens fünf Ausbildungsplätze z.B. für Land-

schaftsgärtner, Schreiner oder andere Handwerksberufe angeboten werden können. Die Ausbildungsplätze sind spätestens im März 2007 auszuschreiben.“

Begründung:

Das Thema „fehlende Ausbildungsplätze“ ist nach wie vor für viele Jugendliche akut und bleibt es auch in den nächsten Jahren. Mehr Ausbildungsplätze in der Stadtverwaltung und Ausbildungsplätze in handwerklichen Berufen beim Bauhof anzubieten sollte möglich sein und wäre ein deutliches Signal, dass die Stadt ihre Verantwortung als Arbeitgeber auch für Jugendliche ernst nimmt. Dafür etwa fehlende Voraussetzungen sollten in einem halben Jahr zu schaffen sein. Der Nachweis der Ausbildungsbefähigung und die Leistung als Ausbildungsbetrieb würde zudem den Bauhof aufwerten. Wir wollen, dass sich unsere Stadt auch in dieser Hinsicht sehen lassen kann.

Mehr Geld für Wohnungsbauförderung einstellen

„Im Haushaltsplan 2007 werden 100.000,- Euro zusätzlich für Wohnungsbauförderung in Mörfelden-Walldorf eingestellt.“

Begründung:

Die Zahlungen der Stadt für Annuitätsbeiträge sind den Ansätzen nach in den letzten Jahren erheblich gesunken. Hier ist es Zeit über neue Möglichkeiten der Wohnungsbauförderung nachzudenken. Aufgrund des steigenden Bedarfs an Wohnungen zu bezahlbaren Mieten ist die Stadt gefordert, etwas zu tun.



Wilhelm Hammann
EUR 3,-

60 Jahre Hessische Verfassung
EUR 3,-

Der Auftrag bleibt

Bei der DKP Mörfelden Walldorf erhältlich. Tel. 23366 oder 22362

Gemeinsam gegen den Flughafenausbau

Arbeitsplätze kann man auch mit Pyramiden-Bau schaffen

Die Sprüche kennen wir. Der Bau des Großflughafens Berlin-Brandenburg International schaffe als „Jobmaschine“ bis zu 21.000 zusätzliche Arbeitsplätze, erhöhe die Wirtschaftsleistung der Hauptstadt innerhalb von fünf Jahren um knapp 3,9 Milliarden Euro und steigere so auch die öffentlichen Einnahmen um mehr als 400 Millionen Euro.

Mit dieser Einschätzung stehen die Ausbaubefürworter weitgehend alleine da. So meint Arbeitsmarktexperte Karl Brenke vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, die euphorische Prognose der Investitionsbank sei „mit äußerster Vorsicht“ zu genießen, gerade wenn es um Schätzungen von Arbeitsmarkteffekten gehe. „Man kann auch mit dem Bau von Pyramiden Arbeitsplätze schaffen“, sagt Brenke.

Der Flughafenplaner Dieter Faulenbach da Costa aus Offenbach warnt: Statt zu-

sätzlicher Arbeitsplätze könnten vielmehr 10 bis 15 Prozent der derzeit rund 15.000 Stellen bei den Berliner Flughäfen eingespart werden. Hauptgrund seien die beim BBI-Bau entstehenden Synergieeffekte. In der Gepäckabfertigung könnten in Schönefeld durch den Einsatz neuer Technologien rund zwei Drittel der Arbeitsplätze eingespart werden. „Bei den bisherigen drei Standorten lohnt sich dieser Technologieeinsatz nicht, er ist auch nicht nötig.“

Zwar würden auch neue Jobs entstehen, sagt Faulenbach. Grund dafür sei aber nicht der Flughafenausbau in Schönefeld, sondern das zu erwartende steigende Passagieraufkommen. Davon hätte Berlin dem Experten zufolge aber auch ohne den Flughafen BBI und die damit drohenden Synergieeffekte im Personalbereich profitiert.

Transparent am Wasserturm erneuern

Antrag der DKP/LL-Fraktion zum Haushaltsplan 2007:

„Für den Mörfelder Wasserturm wird ein neues Transparent angefertigt und in Richtung Norden aufgehängt.“

Als Text schlagen wir vor: Stoppt die Nachtflüge! Nein zum Flughafenausbau! Die Stadt bittet die Robin-Wood-Klettergruppe das Transparent anzubringen.“

In der Begründung heißt es:

Das alte Transparent vom Januar 2002 wurde von Anfang an falsch nach Westen aufgehängt obwohl es von der Umgehungsstraße aus lesbar sein sollte. Bei der

zweiten Transparentmontage wurde es aus Kostengründen erneut an die falsche Stelle montiert. Ursprünglich war gedacht, das Transparent nur um die Jahreswende zu zeigen - nach der teuren Anbringung durch den Autokran hat man es aber hängen lassen. Nun aber wirkte die erste Transparentzeile „Auch im neuen Jahr:“ ab März eigenartig. Das Transparent wird jetzt langsam grau und verblichen. Ein neues Transparent - zudem spektakulär von der Klettergruppe angebracht - würde ein gutes Zeichen setzen. Unsere Entschlossenheit, weiter gegen den Flughafenausbau aufzutreten, wird erneut öffentlich gezeigt.

Allen unseren Leserinnen und Lesern
wünschen wir schöne Festtage
und ein gesundes Jahr 2007!

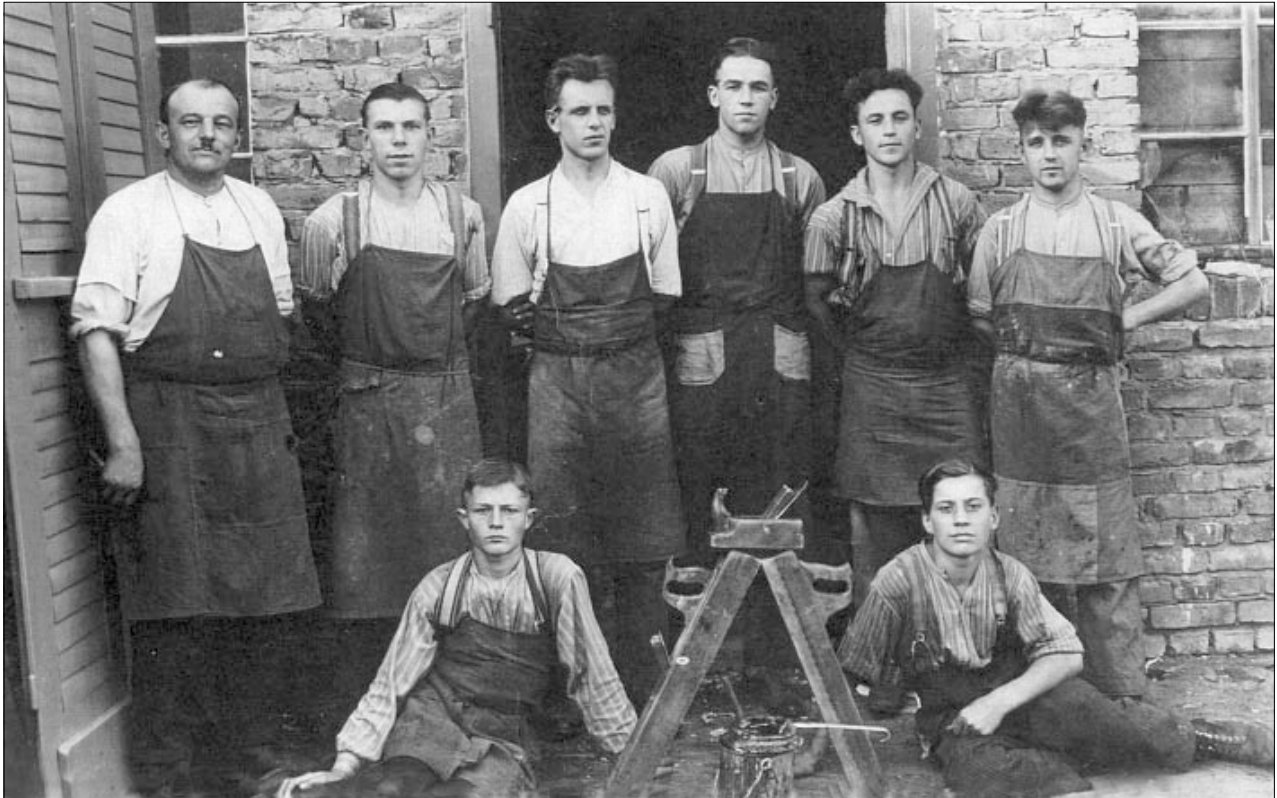
DKP Mörfelden-Walldorf
und die „blickpunkt“-Redaktion

Flughafen-Monopoly: Gehe zurück auf Los

Weil die Prognosen der Fraport inzwischen mehr Flüge vorsehen als bisher erwartet, werden die Planungsunterlagen erneut öffentlich ausgelegt. Umweltschützer sehen eine Blamage für Fraport. Die Unterlagen werden voraussichtlich im Frühjahr öffentlich ausgelegt.

Die um 40.000 höhere Anzahl der für das Jahr 2020 prognostizierten Flugbewegungen habe zu neuen oder stärkeren Betroffenheiten geführt. Deshalb werde die Öffentlichkeit erneut beteiligt. Im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens sollen voraussichtlich im kommenden Frühjahr die Unterlagen in 63 Kommunen im Flughafenumland öffentlich ausgelegt. Dann haben interessierte Bürger einen Monat Zeit, sich durch die Unterlagen zu kämpfen. Nach den jüngsten Fraport-Schätzungen wird die Zahl der Flugbewegungen am größten deutschen Flughafen bis zum Jahr 2020 auf rund 700.000 pro Jahr steigen. In einer veralteten Studie waren 660.000 Starts und Landungen bis zum Jahr 2015 avisiert worden. Im vergangenen Jahr wurden laut Fraport 490.000 Flugbewegungen gezählt. Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland meint: Der Zwang zur erneuten Öffentlichkeitsbeteiligung zum Flughafenausbau dokumentiere die handwerklich schlechte Planung der Fraport. „Für die Fraport ist die erneute Offenlage eine Blamage, für uns Ausbaugesegner ist sie dagegen ein Erfolg“, sagt Brigitte Martin vom hessischen BUND-Landesvorstand. Ohne das Engagement der Ausbaugesegner im Erörterungstermin wäre die neue Luftverkehrsprognose, die nun die neuerliche Offenlage der Genehmigungsunterlagen erforderlich macht, nicht erstellt worden, meinte Martin. Besonders wertvoll sei in diesem Zusammenhang das Gutachten gewesen, das die in der Initiative „Zukunft Rhein-Main“ zusammengeschlossenen Kommunen im Verlauf des Erörterungstermins präsentierten. Wenn künftig sogar Gemeinden wie Seeheim-Jugenheim und Bad Vilbel Opfer des Fluglärms werden könnten, dann zeige dies besser als abstrakte Lärmwerte, welche Bedrohung auf die Bevölkerung durch den ungebremsten Flughafenausbau zukomme.

Stadtgeschichten



Es war etwa im Jahre 1930 und es ist anzunehmen, dass der Schreinermeister Karl Wilker seinen fünf Gesellen und den zwei Lehrlingen in der Werkstatt eines Tages zurief: „Auf, geht emol mit enaus, es werd e Bild gemacht“. Die Lehrlinge mussten noch schnell drei Hobel über dem Leimtopf drapieren, bevor der Fotograf auf den Auslöser drückte. Karl Wilker betrieb eine gut gehende Bau- und Möbelschreinerei und wie von seinem Enkel Karlheinz Sopp zu erfahren war, stammt der Bauantrag für den Bau seiner Werkstatt in der Gartenstraße aus dem Jahre 1924. Seinen Meisterbrief bekam er im Jahre 1926 und er besaß als einer der ersten in Walldorf ein Auto. Sein Führerschein dafür datiert auf das Jahr 1930. Auch der Anzahl seiner Gesellen und Lehrlinge nach zu urteilen waren reichlich Aufträge zu bewältigen. Schon im Jahre 1938 wurde die Werkstatt aufgegeben. Wegen der relativ kurzen Zeit, in der diese Schreinerei existierte, ist sie auch in Walldorf nur noch wenigen älteren Bürgern in Erinnerung. Um so mehr freuen wir uns, etwas zur Erinnerung und zur Stadtgeschichte beitragen zu können. Heute betreibt sein Enkel mit dem Urenkel Tomas Sopp eine Schreinerei quasi in dritter Generation. Nur vier Personen auf dem Foto sind namentlich bekannt. Es sind stehend von links: Karl Wilker, Julius Haderecker, unbekannt, Fritz Merk (später Postbote) und Ernst Pons.



einladung --- alle freunde der dkp --- alle leserinnen und leser des blickpunkt
sind herzlich eingeladen mit uns den jahresabschluss zu feiern
mittwoch --- 13. dezember 2006 --- 19 uhr --- im kulturbahnhof mörfelden

Veranstaltungen im Kulturbahnhof Mörfelden:

11. Dezember
HörBar: „Holidays on Ice (David Sedaris)“
Hörbuchabend - Beginn: 20 Uhr

14. Dezember
Rettet das Vinyl
Schallplattenabend.
Lieder mit dem Anfangsbuchstaben S
Beginn: 20 Uhr

24. Dezember
Weihnachtsparty mit Cocktails
21 bis 2 Uhr - Eintritt frei



KuBa

11. Januar
Rettet das Vinyl
Buchstabe T - Beginn: 20 Uhr

15. Januar
HörBar, „Der weiße Neger Wumbaba“
Hörbuchabend - Beginn: 20 Uhr

20. Januar
Konzert No Barré
Beginn: 20 Uhr

Unser Lexikon

Schbrisch

E Werrer wie en
Bauernarsch:
rauh, dreggisch
und windisch!